

# „Wir müssen weg vom Nanny-Staat“

**Finanzminister.** Der Staat könne nicht alles ausgleichen, sagt ÖVP-Minister Magnus Brunner. Dass der Bund die Länderabgabe des ORF zahlt, kann er sich „schwer vorstellen“

VON JOHANNA HAGER

Dem anhaltenden Ruf nach einem „Deckel auf fast eh alles“ kann der ÖVP-Finanzminister nichts abgewinnen. Er befeuert die Teuerung nachgerade – derzeit liegt Österreich mit einer Inflationsrate von mehr als 11 Prozent im europäischen Spitzenfeld – und sei à la longue nicht leistbar, sagt Magnus Brunner bei einer Diskussionsveranstaltung der Agentur C<sup>3</sup> von Thomas Prantner.

Zudem werde bei der steten Forderung nach einem Preis-Deckel oder einer Kosten-Bremse für Energie, Mieten oder Lebensmittel oft außer Acht gelassen, dass diese schlussendlich immer die Steuerzahler finanzieren. Der Staat könne nicht gleich einem Kindermädchen für alle Bürger und alles aufkommen. „Wir müssen vom Nanny-Staat wegkommen“, resümiert Brunner nach drei Jahren Corona-Krise und einem Jahr Ukraine-Krieg.

Was in der öffentlichen Debatte gerne übersehen werde, so Brunner, das seien die Handlungsspielräume der Nationalstaaten in der EU, denn diese werden von der Europäischen Zentralbank (EZB) vorgegeben. Die



Magnus Brunner hält Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für „klassische Gießkanne“

EZB und deren Präsidentin, Christine Lagarde, hätten die Zinsen zu spät und unzureichend („too late, too little“) an die Wirtschaftsentwicklung angepasst, spricht er. Bis 2026 werden sich die Zinszahlungen zur Schuldenfinanzierung des Staates

verdoppeln, rechnet der Finanzminister vor.

Die insbesondere von SPÖ und FPÖ geforderte Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, um die Teuerung abzufedern, achtet der ÖVP-Minister weiterhin als nicht treffsicher.

Sie entspreche viel mehr dem „klassischen Gießkannen-Prinzip“ und komme auch jenen zugute, die gut durch die Krise kommen und sie erreiche – wie man an Ländern wie Spanien sehe – überdies nicht immer die Endkunden.

Den Energiekostenzuschuss II (EKZ II) für Unternehmen, der vom Fiskalrat wegen mangelnder Treffsicherheit und möglicher Überforderung kritisiert wird, verteidigt der Finanzminister. Der EKZ II sei großzügiger ausgestaltet als ähnliche Staatshilfen wie beispielsweise in Deutschland – und betreffend Förderkriterien komplizierter als der EKZ I. Letzterer, das sei das Erfreuliche, sei nicht zur Gänze von der Wirtschaft abgerufen worden. Von 1,3 Milliarden Euro sind von den Betrieben „nur“ 400 Millionen Euro abgerufen worden. Ein Indiz dafür, dass heimische Unternehmen es auch ohne staatliche Unterstützung schaffen können.

Betreffend der künftigen ORF-Finanzierung hält sich Magnus Brunner bedeckt. Dass die geplante Haushaltsabgabe künftig ohne Länderabgabe eingehoben werden soll – und für die Länderabgabe der Bund aufkommen wird, das kann sich der Finanzminister auf Nachfrage „schwer vorstellen“. Obwohl das ein Wunsch des Bundeskanzleramtes gewesen sein soll. Ein diese Woche geplantes Gespräch mit ORF-Generaldirektor Roland Weißmann wurde abgesagt.

## FPÖ warnt gemeinsam mit AfD-Partei vor Verbrenner-Aus

**Verkehrswende.** Das Wort Klimakrise wurde nicht ausgesprochen, dafür aber deftige Attacken auf Klimaministerin Leonore Gewessler: Der FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker lud am Mittwoch zu einer gemeinsamen PK mit dem Verkehrssprecher der AfD im Bundestag Dirk Spaniel. Die beiden Politiker sehen den Plan um das geplante europäische Verbrenner-Aus für Neuzulassungen ab 2035 als „Anschlag auf die europäische Autoindustrie“. „Wir haben mit Gewessler eine Automarxistische Strategie“ fahre. Hafenecker verstehe nicht, warum die ÖVP Gewessler „tun lässt, was sie möchte“.

Beide Politiker, Spaniel und Hafenecker, fürchten, dass die europäische Autoindustrie bald abwandern werde und meinen, für die Umstellung auf batterieelektrische Fahrzeuge wäre nicht genug Strom vorhanden. Stattdessen solle man auf E-Fuels setzen, die klimaneutral seien und in normalen Pkw eingesetzt werden können. Nicht erwähnt wurde, dass E-Fuels hohe Wirkungsverluste haben, von der eingesetzten Energie bleiben nur 15 Prozent übrig, bei E-Autos sind es laut ADAC bis zu 80 Prozent.

# „ZUM ABBAU DER BÜROKRATIE FEHLEN UNS LEIDER DIE NÖTIGEN BEAMTEN.“

Karl Farkas (\*1893 † 1971)

Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung\*

Gold-Plating reduzieren: Nationale Verschärfungen über EU-Vorgaben, die keine sachliche Rechtfertigung haben, gilt es zu vermeiden bzw. zu reduzieren.\*

\* aus dem Regierungsprogramm 2020–2024

Wird bei der Implementierung von EU-Richtlinien in nationales Recht weit über deren Vorgaben hinausgegangen, so spricht man von „Gold-Plating“. Österreich ist in dieser Hinsicht ein wahres Musterbeispiel und bekannt für seine besonders strengen Auslegungen von Richtlinien. Für Wirtschaftsunternehmen bedeutet dies oft eine weitere Verschärfung der Rahmenbedingungen, welche sich aufgrund aktueller äußerer Umstände ohnehin mehr als herausfordernd darstellen.

Wo bleibt die im Regierungsprogramm verankerte Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung?

Eine Reduktion von Gold-Plating ist in Österreich aktuell noch nicht erkennbar, im Gegenteil. Doch was folgt als nächstes – „Diamant-Plating“?



RA (D) Ralf-Wolfgang Lothert, MBA  
Head of Corporate Affairs & Communication  
Mitglied der Geschäftsleitung

Sollten Sie Fragen haben oder zusätzliche Informationen brauchen, stehen wir jederzeit unter [CCAllgemein@jti.com](mailto:CCAllgemein@jti.com) zur Verfügung. [jti.com/Austria](http://jti.com/Austria)